

Familien brauchen eine verlässliche und bedarfsgerechte soziale Infrastruktur, damit sie ihren Aufgaben in der Erziehung von Kindern wie in der Sorge für altgewordene bzw. pflegebedürftige Angehörige nachkommen können. Diese Infrastruktur der Information, Beratung und alltagsbezogenen Hilfen muss flächendeckend zugänglich sein und der kulturellen und sozialen Vielfalt von Familien Rechnung tragen.

In einer Arbeitswelt mit ihren zunehmenden Anforderungen an Flexibilität und Mobilität von Familien wird – insbesondere gemeinsame – Zeit für Familien zu einer knappen Ressource. Die

einseitige Ausrichtung der Zeitrhythmen an den Erfordernissen der Erwerbsarbeit steht den Bedürfnissen von Kindern wie Erwachsenen nach Verlässlichkeit und Kontinuität im Familienalltag entgegen. Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit Familien Zeit für berufliche Aufgaben, für fürsorgliche Tätigkeit sowie für Freizeit oder bürgerschaftliches Engagement haben.

BAGFW-Positionspapiere sind zu folgenden Themen erhältlich

- Inklusion
- Gesundheit
- Altenpflege
- Arbeitsförderung
- Armut und soziale Ausgrenzung
- Migration
- Kinder, Familien und Frauen
- Bürgerschaftliches Engagement

Als kostenloser Download über www.bagfw.de oder direkt bestellen

Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 / 240 89 -0
Fax: 030 / 240 89 -134
E-Mail: wahlen@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

2. Erweiterte Auflage



Kinder, Familien, Frauen

Erwartungen
an die Bundespolitik
in der 18. Legislaturperiode

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) formuliert für einige zentrale Felder der Gesellschaftspolitik, in denen sie über langjährige Erfahrung und Expertise verfügt, ihre Erwartungen an die Bundespolitik nach der Bundestagswahl 2013. Sie formuliert diese Erwartungen in ihrer anwaltlichen Rolle für all diejenigen, die sich nicht ausreichend selbst vertreten können.

Sie bittet die Parteien und Fraktionen um Beachtung dieser Positionierungen. Sie ist gerne bereit, dazu jederzeit in einen weiterführenden Dialog zu treten.

Sie hofft, dass möglichst viele der folgenden Punkte Eingang in Parteiprogramme, den Koalitionsvertrag und schließlich in praktisches politisches Handeln finden!

Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen!
Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der BAGFW

**Rechtsanspruch auf Kita-Platz -
Fachkräfte Gewinnung**

Schutz für Frauen vor Gewalt

**Strukturelle und ökonomische
Benachteiligung von Familien**

Kinder sind Zukunft!

Benachteiligung von Familien beseitigen!

Frauen vor Gewalt schützen!

Rechtsanspruch auf Kita-Platz umsetzen – Krippengipfel zur Gewinnung von Fachkräften notwendig!

Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kraft. Es ist absehbar, dass Länder und Kommunen nicht in allen Regionen ausreichend Plätze geschaffen haben, um bedarfsgerecht Plätze anbieten zu können. Neben baulichen und finanziellen Herausforderungen stellt sich der Mangel an qualifizierten Fachkräften als erhebliches Problem bei der Umsetzung des Rechtsanspruches heraus.

Qualifizierte Fachkräfte sind aber ein wesentlicher Schlüssel zur Sicherung der Qualität in der Betreuung kleiner Kinder. Eine bundesweit genaue Analyse des Fachkräftebedarfes, die es ermöglicht, regional gezielt Maßnahmen zu entwickeln, fehlt bislang.

Damit es gelingt, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen, muss die Attraktivität und das gesellschaftliche Ansehen des Erzieher(innen)berufes verbessert werden. Dies wird nur gelingen, wenn sich die strukturellen Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen verbessern und der Fachkraft-Kind-Schlüssel endlich an die Anforderungen angepasst wird.

Wir fordern von der Bundespolitik, die anstehenden Herausforderungen zur Verbesserung

der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfes mit allen Beteiligten (Bund, Länder, Kommunen, Träger) auf einem Krippengipfel zu beraten und zügig zielführende Maßnahmen zu entwickeln.

Effektiven Schutz für Frauen vor Gewalt sicherstellen

Nach wie vor sind in Deutschland Schutz und Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt für Frauen und deren Kinder nicht immer gewährleistet. Grund hierfür sind die vielerorts bestehenden Finanzierungsmängel beim Hilfe- und Unterstützungssystem. Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Zahlen von gewaltbetroffenen Frauen ist dies nicht mehr hinnehmbar. Studien belegen, dass jede vierte Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren im Verlauf ihres Lebens körperliche und / oder sexuelle Gewalt durch aktuelle oder frühere Beziehungspartner erlebt hat. Gewalt in Paarbeziehungen ist kein Schichtphänomen. Allein 2010 haben 7.565 Frauen mit 7.332 Kindern Zuflucht in einem Frauenhaus oder einer Frauenschutzwohnung gesucht. Die Arbeit des Hilfe- und Unterstützungssystems ist jedoch angesichts eines oftmals vorherrschenden chronischen Finanzierungsproblems in Gefahr.

Die grundrechtliche Schutzpflicht für Leben und körperliche Unversehrtheit sowie die Menschenwürdegarantie verpflichten den Staat, für einen



effektiven Schutz von Gewalt bedrohten und betroffenen Frauen und deren Kindern Sorge zu tragen. Spätestens seit im Juni 2012 die Wohlfahrtsverbände ein Rechtsgutachten zur Frage der Zuständigkeit für die Sicherung des Schutzes von Frauen vor Gewalt vorgelegt haben, steht fest: Der Bund ist in der Pflicht! Er muss den effektiven Schutz von gewaltbetroffenen Frauen und deren Kinder sicherzustellen.

Wir fordern die Bundespolitik auf, dass sie von ihrer Gesetzgebungskompetenz endlich Gebrauch macht und den Schutz und die Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlicher Einschränkung oder Behinderung gewährleistet. Dazu gehört auch, dass der Bund seiner finanziellen Gesamtverantwortung für das Hilfe- und Unterstützungssystem gerecht wird.

Strukturelle und ökonomische Benachteiligungen von Familien beseitigen

Seit einigen Jahren findet eine breite Debatte über die gesellschaftliche Bedeutung von Familie als generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft statt. In allen empirischen Untersuchungen zeigt sich die hohe Wertschätzung, die

Familie und Partnerschaft in allen Altersgruppen der Bevölkerung, auch bei jungen Menschen genießt.

Familien sind jedoch keine natürlichen Ressourcen, die selbstverständlich und bedingungslos zur Verfügung stehen. Wir fordern die Bundespolitik auf, strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Familien ermöglichen, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen. Familienpolitik muss dabei alle Familienformen in den Blick nehmen.

Politik steht gegenwärtig und zukünftig vor der Aufgabe, Familien wirksam zu entlasten, monetär zu fördern und bedarfsgerechte familienbezogene Infrastrukturangebote anzubieten und vorzuhalten sowie mehr als bisher eine aktive Zeitpolitik zu betreiben.

Um strukturelle und ökonomische Benachteiligungen von Familien zu beseitigen sind folgende Maßnahmen zielführend:

Familien müssen wirksam monetär entlastet und gefördert werden, damit Kinder kein Armutsrisiko bedeuten und Zeiten, in denen Erwerbsarbeit aufgrund von Fürsorge- und Pflegeleistungen für Kinder oder für alte und betagte bzw. pflegebedürftige Angehörige reduziert werden müssen, nicht zu existenziellen Risiken werden.